

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4 / 2020

NEUTRALITÄT HEISST AUCH EINSATZ FÜR DEN FRIEDEN

GERHARD OBERKOFLENER

Die Arbeiten des international hochgeachteten Wiener Völkerrechtlers Alfred Verdross (1890-1980) werden solchen Studenten der Rechtswissenschaft wie Kanzler Sebastian Kurz wohl nie begegnet sein. Für Verdross war die dauernde Neutralität der Republik Österreich, weil nicht allein im Neutralitätsgesetz vom 26. Oktober 1955 verankert, nicht einseitig aufhebbar, sondern aufgrund der Verpflichtungen der österreichischen Regierungsdelegation im Rahmen des dem österreichischen Staatsvertrag (15. Mai 1955) vorangegangenen Moskauer Memorandum (15. April 1955) internationale Verpflichtung, „immer neue Neutralität zu üben, wie sie von der Schweiz gehandhabt wird“. Dabei zitierte Verdross den damaligen Vorsteher des Politischen Departements der Eidgenossenschaft, Max Petitpierre, der 1959 die Notwendigkeit einer aktiven Neutralitätspolitik betonte: Ein neutraler Staat müsse bereit sein, „Aufgaben des Friedens auf sich zu nehmen, um die friedliche Lösung von Problemen zu erleichtern“. Die Neutralität erlange ihre volle Daseinsberechtigung erst, „wenn sie neben den ihr eigenen unmittelbaren Zwecken auch dem übergeordneten Ziele des allgemeinen Friedens dient“.

So wie Verdross hat Dietrich Schindler, Schweizer Spezialist für humanitäres Völkerrecht, argumentiert, was Neutralität im Völkerrecht bedeutet, und speziell auch die Enthaltungspflichten (Unterstützung eines kriegsführenden Staates mit Streitkräften, Waffen, Stützpunkten, Krediten für Kriegszwecke oder durch

Übermittlung militärischer Nachrichten) der Neutrallen definiert: „Der dauernd neutrale Staat hat schon im Frieden alles zu unterlassen, was ihm die Aufrechterhaltung der Neutralität im Kriegsfall unmöglich machen könnte (zum Beispiel Anschluss an Verteidigungspakte), und die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um im Kriegsfall die Neutralität aufrechterhalten zu können“.

Die Gegenwart der österreichischen Politik kennt keine Neutralitätspflichten

Österreichs Bundesheer beteiligt sich an den unter Verantwortung der „Division Schnelle Kräfte“ der Bundeswehr stehenden EU-Battlegroups im zweiten Halbjahr 2020 und ist im Operativen Headquarter in Ulm mit österreichischen Soldaten vertreten. Die Heereszeitschrift „Truppendienst“ vermittelt dazu mit gekonnten Fotos von der Ausbildung in Gefechts-technik und Taktik unter deutscher Führung die Schönheit künftigen Kampfgeschehens.

In der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ war zuletzt viel von der „hybriden Bedrohung“, die etwa mit Desinformation zur Destabilisierung der Gesellschaft führen könne, die Rede. Sinngemäß wurde gefordert, das Bundesheer müsse selbst ein „hybrider Akteur“ werden, wozu ein gesamtstaatliches ressortübergreifendes Lagezentrum nötig sei. Der 2011 installierte Nationale Sicherheitsrat genügt den Ver-

IN DIESER AUSGABE

Gedenken:
Hiroshima und Nagasaki

>>>Seite 5-7

Rüstungskontrolle:
New START-Vertrag

>>>Seite 8

NATO/EU:
Militärische Mobilität

>>>Seite 10

NEUTRALITÄT

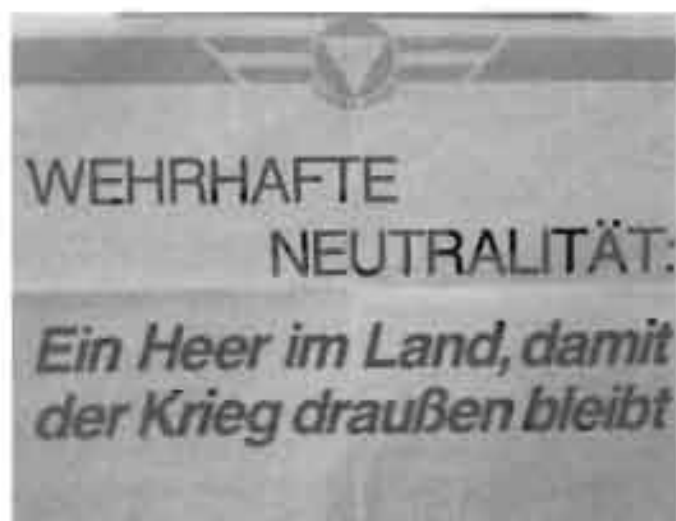
antwortlichen offenkundig für die beabsichtigte Militarisierung der Gesellschaft nicht.

Österreichs Eliten sind nicht an der immerwährenden österreichischen Neutralität interessiert. Sie untergraben diese vielmehr mit „hybriden“ Methoden nach innen und außen. Zum Beispiel verhöhrt Gerhard Jandl, österreichischer Botschafter beim Europarat in Straßburg und seit Jahren im sicherheitspolitischen Beraterumfeld von Kanzler Kurz aktiv, die österreichische Neutralität als „mythisch überhöht“ und betont die Notwendigkeit von Österreichs Beteiligung an der NATO, wozu es keine neutralistische Begleitmusik bedürfe. Die Aktivitäten

Russlands würden die Notwendigkeit unterstreichen, sich auf einen neuen Krieg mit Russland vorzubereiten.

Dr. phil. Gerhard Oberkofler ist Historiker und war Professor für Geschichte an der Universität Innsbruck, Gründungsmitglied und Vizepräsident der Alfred Klahr-Gesellschaft.

Dieser Beitrag erschien in geringfügig veränderter Version als Gastkommentar in der Wiener Zeitung (Print und Online) vom 4. August 2020.



Armeekommando-Information 15/1987
Foto: Archiv betrifft Frieden

Damit auch unsere Kinder
noch frei atmen können:
Umweltschutz

Damit auch unsere Kinder
noch frei denken dürfen:
Landesverteidigung

Armeekommando-Information 7/1985
Foto: Archiv betrifft Frieden

LESERBRIEF

(betreffend Heinz Gärtner: Die nukleare Welt in betrifft Frieden Ausgabe 2/2020)

Danke für betrifft Frieden 2/20 – und die Reproduktion des Bildes auf S. 71 in der „Humanitären Katastrophe“ steckt wohl auch – und zu Recht – drin das Kind im Kinderwagen, angerollt und nach vorne fixiert. So wie man es laufend sieht, als völlig Normales. Meines Erachtens eine völlig falsche, eine

Erwachsenenvorstellung von früher „Öffnung der Welt“, während Kinder in dem Alter im Gewusel der Stadt, der Öffentlichkeit viel eher den Blick- und Sprechkontrakt mit einer seiner Bezugspersonen braucht (und „verarbeiten“ kann).

Heinz Stockinger, Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) in Salzburg

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser!

Die **Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki** haben in ihren Reden am 6.8. bzw. 9.8.2020 die eigene Regierung aufgefordert, Pläne für eine atomare Bewaffnung Japans zu verwerfen und dem Nuklearwaffenverbotsvertrag beizutreten. Von Seiten der Regierung wurde ein Beitritt mit Hinweis auf den US-amerikanischen Atomschirm abgelehnt. Auch die USA sind bis heute nicht bereit, sich für die Atombombenabwürfe zu entschuldigen. Dies wäre ein Schuldeingeständnis gegenüber den Opfern der eigenen AW-Versuche oder der abgereicherten Uranmunition.

In den USA wurde wieder ein Flugzeugtyp (Boeing F-15E) für den Einsatz der neuen **Nuklearwaffe B61-12** zugelassen. Diese Bomben werden das Rückgrat der US-Atomwaffen in Europa bilden (BE, NL, DEUT, IT, TÜR). Deutschland ist derzeit auf der Suche nach einer Tornado-Nachfolge, damit die Nukleare Teilhabe mit deutschen Piloten weiter aufrechterhalten werden kann.

Über den als Strafe angedrohten **Abzug von Truppen der USA aus Deutschland** lichtet sich der Nebel. Von den 36.000 Personen soll 1/3 abgezogen, teils in andere Länder verlegt werden, teils in die USA zurückkehren (6.400). Betroffen sind ein Hauptquartier in Stuttgart, das die Einsätze in Europa

und in Afrika steuert (nach Mons/Belgien verlegt), die größten US-Standorte in Grafenwöhr und Vilseck und Luftwaffeneinheiten in Spangdahlen (nach Italien). Die deutsche Regierung, ob der Trump'schen Chaospolitik, ist ratlos, die lokale Wirtschaft ist in Aufruhr und die Friedensbewegung freut es. Sie fordern gleich den gesamten Abzug samt Atomwaffen.

Der Besuch des US-amerikanischen Außenministers Mike Pompeo förderte eine böse Überraschung zu Tage. Verteidigungsministerin Tanner bestätigte eine baldige enge Zusammenarbeit im **State Partnership Program (SPP)** mit der US-Nationalgarde. Geplant sind gemeinsame Ausbildungen und Expertenaustausch. Den USA geht es dabei eher um das Absaugen von Know how und einen Schlüssel zu Wirtschaft und Rüstung. Österreich wäre das erste Land außerhalb ehemaliger Warschauer Paktstaaten, für die das Programm ursprünglich gedacht war. Einige Experten und ehemalige Diplomaten kritisieren diesen neuerlichen schweren Neutralitätsverstoß der Regierung.

Manfred Sauer, Chefredakteur

Neuabonnenten, Adressänderungen, Leserbriefe, Anregungen, Kritik an:

pax.vienna@chello.at

TERMINE

WIR MACHEN DARAUF AUFMERKSAM, DASS TERMINE ENTFALLEN ODER EINGESCHRÄNKT WERDEN KÖNNEN. INFORMIEREN SIE SICH RECHTZEITIG

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien (U1 Kaisermühlen/VIC). Vermutlich in der Kirche. Anfragen: pax.vienna@chello.at

Di. 13. Oktober 2020, 19 Uhr. Trump im Witz, Lieder zur Zeit. Ernst Toman FI 22

Di. 10. November 2020, 19 Uhr. Wo steht die Neutralität? Lesung mit Texten zur Neutralität u.a. von Dr. Thomas Roithner. Ernst Toman (FI 22)

SADDOCC-FORUM

Internationales Institut für den Frieden (IIP), Möllwaldplatz 5, 2.Stock, 1040 Wien (U1 Taubstummengasse) www.sadocc.at **zwingende Anmeldung** office@iip.at

Do. 8. Oktober 2020, 18 Uhr. Ausstellungseröffnung: „Vor 30 Jahre: UNTAG-Mission in Namibia“ Nada Kruger (Botschafterin), Peter Jankowitsch angefragt (Außenmin.a.D.) u.a.

ÖGB

Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien. (U2 Donaumarina) www.oegb.at

Sa. 24. Oktober 2020 geplant ab 15 Uhr. Konferenz: Vor 75. Jahren Gründung der UNO und 65 Jahre Österreichische Neutralität

„Atomwaffen geh'n mir am Oasch. Alle.“

Dieser Titel entstammt einem Statement gegen Nuklearwaffen anlässlich des Gedenkens 2020 an die Opfer der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki durch die US-Luftwaffen 1945. Seit den 80-iger Jahren gibt es diese Veranstaltung am 6.8. (Stephansplatz Wien) mit zahlreichen Grußbotschaften und dem Laternenmarsch zum Teich vor der Karlskirche in japanischer Tradition (heuer COV-19-bedingt nicht möglich).

Nicht nur die Vergangenheit mahnt

Laut Schätzungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI von 2019 liegen 13.400 Atomsprengköpfe in den Arsenalen von neun Staaten (USA, Russland, Frankreich, Großbritannien, China sowie Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea). Es wird weiter ergänzt und modernisiert. Waffen mit geringerer Sprengwirkung senken die Atomkriegsschwelle, neue Geschosse mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit machen den Erstschlag möglich.

Der Ausstieg der USA und später Russlands aus dem INF-Vertrag (landgestützte Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa), die unsichere Zukunft des New Start-Vertrages der im Februar 2021 ausläuft und die einseitige Aufkündigung des Iran-Deals durch die US-Regierung sind Beispiele einer systematischen Zerschlagung der internationalen Rüstungskontrolle.

Die 2020 verschobene Überprüfungskonferenz des AW-Nichtverbreitungsvertrages (NPT) macht die Unzufriedenheit einiger Länder über die mangelnde Vertragstreue der fünf legalen Atommächte nicht kleiner. Sie sollten längst den Artikel VI NPT erfüllen und ihre Potentiale abrüsten. Die Gefahr, dass weitere Staaten sich illegal Atomwaffen beschaffen, ist groß und ein Auseinanderbrechen des NPT nicht unwahrscheinlich. Wie sollen Staaten Vertrauen aufbauen, wenn die Einhaltung von Abkommen und die Rolle internationaler Institutionen von manchen Regierungen nicht ernst genommen wird.

Im Jahr 1947 wurde von der Zeitschrift „Bulletin of the Atomic Scientists“ eine symbolische Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) im Hinblick auf die atomare Gefahr eingerichtet. Noch nie lagen die Zeiger so knapp vor 12 Uhr, aktuell 100 Sekunden. Die

Doomsday Uhr ist dramatisch richtig eingestellt.

Ein Zeichen setzen ist wichtiger denn je

Die Zivilgesellschaft ist nicht untätig. 2017 wurde von 122 UN-Mitgliedern ein Vertragstext beschlossen und Ende 2017 bei der UNO zur Unterschrift und Ratifikation aufgelegt. Derzeit fehlen noch 6 Ratifikationen, damit der Nuklearwaffenverbotsvertrag völkerrechtlich in Kraft treten kann. Ein großer Erfolg der Diplomatie (nicht zuletzt Österreichs) gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie ICAN, IPPNW und Versöhnungsbund. Friedensarbeit wirkt.

Zahlreiche Persönlichkeiten wie die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki, unser Bundespräsident, Politiker, Künstler und Künstlerinnen, Gewerkschaftler, Kirchenvertreter bis zu einfachen, engagierten Menschen geben jedes Jahr ihr Statement für Frieden und Abrüstung ab.

Das Titelzitat mag robust wirken, zeigt aber die Hoffnung fast aller Menschen aus tiefsten Herzen nach Frieden und Sicherheit. Mit Atomwaffen kann es das nicht geben. Wenn sich die Hoffnung in aktives Handeln wandelt, haben die wenigen Befürworter von Atomwaffen kein „Leiberl“ mehr.

Manfred Sauer

SUPERMÄCHTE

hinter den
Drohgebärden
Vertragsverweigerungen
hinter dem Aufrüstungswettlauf

lachen sie sich
gemeinsam
in die geballten
Fäuste

ziehen sie
gemeinsam
die Kette enger
um die Erde

1985

Gedenkfeier Hiroshima und Nagasaki 2020

Am 6.8.2020 fand am Wiener Stephansplatz das traditionelle Gedenken an die Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki 1945 statt. Friedensbewegung, Pax Christi Wien, IPPNW, Internationale Versöhnungsbund, ICAN und Rotes Kreuz luden zusammen mit dem buddhistischen Mönch der Friedenspagode zu dieser Feier ein. Im Vorfeld wurden Grußbotschaften von vielen friedensbewegten Menschen gesammelt. Der Laternenmarsch zum Teich vor der Karlskirche musste heuer leider ausfallen.

Spannend moderiert und mit themenbezogener Live-musik (Klaus Bergmaier, Angelika Sacher) sprachen Pfarrer Franz Helm, Pfarrerin Ines-Charlotte Knoll, Klaus Renoldner (IPPNW), Anja Oberkofler (Vizepräsidentin Ö. Rotes Kreuz), Bischof Heinz Lederleitner und Isolde Schönstein (ARGE Schöpfungverantwortung). Die japanische Künstlerin Aiko Kazuko stellt in einer ergreifenden Performance ein Opfer des Schwarzen Regens dar. Das CBRN-Team des Wiener RK führte „Strahlungsmessungen“ durch, argumentierend, dass es im Ernstfall keine medizinische Hilfe mehr gibt.

Grußbotschaften Wiener Friedensbewegung
unter: www.hiroshima.at

VORSORGE

Raketen
Sprengköpfe
Weltraumwaffen -

wir legen einen
Katastrophenvorrat an
aus Angst der Tod
könnte uns ausgehn

wir züchten uns
vorsorglich
Feinde

Mit freundlicher Genehmigung von Georg Bydlinski
aus dem Buch: Landregen, Gedichte, 1988, Herder
und Co. Wien, ISBN 3-210-24905-9



Performance der Künstlerin
Aiko Kazuko



Pfarrerin
Ines-Charlotte Knoll



Besucher*innen der Veranstaltung
am Stephansplatz

Alle Bilder: Archiv betrifft Frieden

Rede von Anja Oberkofler (Rotes Kreuz)

Vor 75 Jahren ließen die USA zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fallen und löschten damit mit einem Knopfdruck das Leben von über 100.000 Menschen binnen Sekunden aus. Bis 1950 starben weitere 340.000 Frauen, Männer und Kinder an den Folgen dieser schrecklichen neuen Waffe, unter anderem an Krankheiten, die durch ionisierende Strahlung verursacht wurden.

Das Rote Kreuz war Zeuge des unvorstellbaren Leidens und der Verwüstung, als medizinisches und humanitäres Personal unter nahezu unmöglichen Bedingungen versuchte, Sterbenden und Verletzten zu helfen.

Heute, 75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, ist die globale nukleare Bedrohung so aktuell wie nie zuvor. Das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen ist in den letzten Jahren beständig gestiegen. Militärische Vorfälle, an denen Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten beteiligt sind, haben an Häufigkeit besorgniserregend zugenommen. Atomwaffenstaaten drohen anderen wieder ausdrücklich mit dem Einsatz ihrer Atomwaffen.

Darüber hinaus werden bestehende Vereinbarungen zur Beseitigung bestehender Arsenale aufgegeben, während neue Atomwaffen entwickelt werden. Dies bringt die Welt auf den gefährlichen Weg eines neuen nuklearen Wettrüstens.

Diese Entwicklungen verstärken die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, diese inakzeptablen Waffen zu verbieten und zu beseitigen. Denn und das muss uns klar sein, ihre Verwendung widerspricht nicht nur dem humanitären Völkerrecht, sondern der Menschlichkeit an sich.

Ich darf in diesem Zusammenhang Peter Maurer zitieren, den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der vor einigen Tagen folgendes gesagt hat:

„Der Schrecken einer nuklearen Detonation mag sich wie eine ferne Geschichte anfühlen. Heute ist das Risiko eines erneuten Einsatzes von Atomwaffen hoch. Verträge zur Reduzierung von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen werden gekündigt, neue Arten von Atomwaffen hergestellt und ernst-

hafte Drohungen ausgesprochen. Das ist ein Wettüsten und es ist erschreckend. Wir müssen alle Staaten dazu drängen, Atomwaffen zu verbieten, und die Atomwaffenstaaten dazu drängen, nach Treu und Glauben Schritte zu ihrer Beseitigung auszuhandeln“.



Anja Oberkofler am 6.8.2020 Stephansplatz Wien
Bild: Archiv betrifft Frieden

Nur zur Erinnerung: warum ist die rasche Beseitigung aller Nuklearwaffen so extrem wichtig?

Weder die weltweite Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, noch die internationale Staatengemeinschaft oder andere Akteure wären in der Lage, allen Bedürftigen nach einer nuklearen Explosion zu helfen – schon gar nicht nach mehreren. Weit verbreitete Strahlenkrankheit, ein Rückgang der lokalen und globalen Lebensmittelproduktion sowie das enorme Ausmaß an Zerstörung und Verseuchung würden eine sinnvolle humanitäre Hilfe unmöglich machen. Keine Nation und keine Hilfsorganisation ist dafür gerüstet, sich mit den katastrophalen Folgen einer nuklearen Konfrontation auseinanderzusetzen. Wenn die Staaten es schon kaum schaffen, einen Virus in den Griff zu bekommen, dann noch weniger eine nukleare Katastrophe.

Prävention ist daher die einzig sinnvolle Lösung. Es darf nie wieder zu einem Einsatz von Nuklearwaffen kommen!

Als Beweis für die breite Unterstützung einer atomwaffenfreien Welt haben 122 Staaten im Juli 2017

den Vertragstext über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) angenommen. Der Vertrag wird mit der 50. Ratifikation rechtsverbindlich werden – ich hoffe, dass das im kommenden Jahr der Fall sein wird.

Der Verbotsvertrag untersagt die Entwicklung, Erprobung, Produktion, Lagerung, Stationierung, Weitergabe, Verwendung und Androhung des Einsatzes von Atomwaffen. Für atomar bewaffnete Staaten, die dem Vertrag beitreten, sieht es einen zeitgebundenen Rahmen für die überprüfte Abschaffung ihres Atomwaffenprogramms vor.

Lob und Anerkennung gebühren all jenen Staaten – darunter auch Österreich –, die dem Verbotsvertrag bereits beigetreten sind. Ich ermutige namens des Österreichischen Roten Kreuzes ausdrücklich auch alle anderen Staaten, diesem Beispiel zu folgen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Ereignisse von 1945 nie wieder eintreten und dass nicht noch viel Schlimmeres passiert.

Für das Rote Kreuz ist entscheidend, dass der Verbotsvertrag zu einer neuen, universell gültigen Norm des Humanitären Völkerrechts wird, der sich mittel- und längerfristig auch die Atomwaffenstaaten nicht entziehen können.

Es war nie dringender wie heute, auf die katastrophalen Folgen und die Unmenschlichkeit von Atomwaffen aufmerksam zu machen. Die Verwendung

dieser Waffen ist in humanitärer, rechtlicher und moralischer Hinsicht völlig inakzeptabel.

Es gibt immer noch über 14.000 Nuklearwaffen auf der Welt, von denen tausende sofort startbereit sind. Die Zerstörungskraft vieler dieser Sprengköpfe ist um ein Vielfaches größer als die der auf Nagasaki und Hiroshima abgeworfenen Waffen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal den IKRK-Präsidenten Maurer zitieren: „Waffen mit katastrophalen humanitären Folgen können nicht glaubwürdig als Sicherheitsinstrumente angesehen werden“.

Er hat absolut Recht. Es ist höchste Zeit, diese fehlerhafte und absurde Doktrin endlich dorthin zu befördern, wohin sie gehört: auf den Müllhaufen der Geschichte!

Das Rote Kreuz fordert die neun Atomwaffenstaaten dieser Welt auf, das Andenken an die Toten von Hiroshima und Nagasaki zu respektieren und diese Waffen aus ihren Arsenalen zu eliminieren. Wir müssen uns beeilen, alle Atombomben abzuschaffen. Das ist nicht idealistisch oder weltfremd. Wir sind es den Menschen schuldig, die 1945 ihr Leben gelassen haben. Wir sind es den Menschen schuldig, die heute und morgen geboren werden. Wir schulden unseren Nachkommen eine atomwaffenfreie Welt. Eine Erde, die die Chance auf eine Zukunft hat.



„Strahlungsmessung“ des CBRN-Trupp Rotes Kreuz Wien

Bild: Archiv betrifft Frieden

RÜSTUNGSKONTROLLE

NEW START TREATY (Prague Treaty)

Der New Start Vertrag ist ein Nachfolge-Abkommen des START I Abkommens, welches am 4.12.2009 abgelaufen ist. Er beschränkt die Anzahl der interkontinentalen Nuklearwaffen der USA und Russlands. Die Unterzeichnung fand am 8. April 2010 in Prag statt. Ein Jahr zuvor hatte US-Präsident Barack Obama seine Prager Rede zur atomwaffenfreien Welt gehalten. New Start trat im Februar 2011 in Kraft. Der US-Senat hatte nach langer Debatte am 22.12.2010 einer Ratifizierung zugestimmt.

Die wichtigsten Punkte:

- ♦strategische Trägersysteme (Land, Wasser, Luft) werden auf je 800 beschränkt, nicht mehr als 700 dürfen stationiert sein. Die Anzahl der Sprengköpfe dieser Trägersysteme wird auf je 1.550 reduziert.
- ♦nach sieben Jahren müssen die Grenzen erreicht sein
- ♦ein bilateraler Kontrollmechanismus wird eingeführt

Das Abkommen läuft im Februar 2021 aus, falls nicht die Verlängerungsklausel für fünf Jahre gezogen wird. Die Trump-Administration hat zunächst wenig Interesse an einem Weiterbestand gezeigt. Überraschend kam es im Juni 2020 in Wien zu einem ersten Treffen in dieser Causa. Diesem folgten bis dato weitere zwei Verhandlungsrunden, ohne das ein positives Ergebnis in Sicht wäre. Die USA bestehen auf einem Vertrag mit der Einbindung Chinas, was beim New Start nicht möglich wäre. Es müsste ein ganz neuer Vertrag verhandelt werden, wobei China – trotz Rüstungsmaßnahmen – nur einen Bruchteil von Sprengköpfen gegenüber den beiden anderen Staaten hat. New Start wäre der letzte Atomwaffenkontrollvertrag vom AW-Sperrvertrag abgesehen. Ein neues Wettrüsten droht.

Quelle: teilweise Verwendung aus Atomwaffen A-Z der IPPNW Deutschland.

MELDUNGEN



Am 22. 6. 2020 trafen sich Diplomaten und Militärs von USA und Russland im Wiener Außenministerium zu einer ersten Verhandlungsrunde über die Zukunft des NEW START Vertrages. Am Vormittag gab es eine Presseaktion von IPPNW, ICAN und Internationalem Versöhnungsbund am Wiener Heldenplatz. Mit dem Köpfen einer Pappatomrakete wurde an die Wichtigkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle erinnert.

Bild: Alex Papis

Status Atomwaffenverbotsvertrag

An den Gedenktagen für Hiroshima und Nagasaki 2020 haben Irland, Nigeria, Niue und St. Kitts and Nevis den Vertrag ratifiziert. Somit fehlen mit Stichtag 31.8.2020 noch sechs Länder um die erforderliche Zahl von 50 zu erreichen. Gute Gelegenheiten gibt es am 26. September – Internationaler Tag für die vollständigen Beseitigung der Atomwaffen - oder bei der UN-Generalversammlung.

USA wollen Snapback-Mechanismus aktivieren

Die Regierung Trump setzt alles auf die Zerschlagung des Wiener Iran-Abkommens (JCPOA) und möchte durch die genannte Klausel alle ursprünglichen Sanktionen gegen den Iran in Kraft setzen. Die anderen Vertragspartner sind dagegen und der indonesische Vorsitzende des UN-Sicherheitsrats hat den Antrag dazu verworfen, da die USA bereits aus dem Abkommen ausgestiegen sind.

29. August Internationaler Tag gegen Nuklearversuche

SPÖ-NR-Abgeordnete Petra Bayr forderte einen Stopp von Nukleartests. „Eine nuklearwaffenfreie Welt ist das Ziel. Daher braucht es keine nuklearen Tests“. Wien ist Sitz der Überwachungsbehörde des Vertrages über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO). Dem Vertrag sind 184 Staaten beigetreten und er wurde von 168 Ländern ratifiziert. Während die Überwachung technisch bereits inoffiziell funktioniert, kann das Abkommen erst in Kraft treten, wenn 44 namentlich genannte Länder ratifizieren. Acht Staaten (Ägypten, VR China, Indien, Iran, Israel, Pakistan, Südkorea und USA) fehlen noch. „Die Bundesregierung soll Österreichs ausgezeichneten Ruf als Gastgeberin nutzen und weitere Schritte zur atomaren Abrüstung und für ein Ende von AW-Tests unternehmen“, so Bayr.

Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Das türkis-grüne Regierungsprogramm sieht die Prüfung des ZFD in Österreich vor. Die NAbg. Ewa Ernst-Dziedzic (GRÜNE) und Reinhold Lopatka (ÖVP) brachten am 27.5.2020 einen Entschließungsantrag ein, der mehrheitlich angenommen wurde. Auch die zivilgesellschaftlichen Vorbereitungen sind weit gediehen. Am 6.7.2020 berieten sich in der Wiener Hofburg rund 40 Personen der Zivilgesellschaft erfolgreich über ein Konzept des ZFD. Ernst-Dziedzic sieht in ihrer Parlamentsrede den „Startschuss gegeben“ und Lopatka möchte „einen Stein ins Rollen bringen“.

*Thomas Roithner,
Pete Hämmerle*



ZIVILER
FRIEDENSDIENST
IN ÖSTERREICH

Thomas Roithner

Flinte, Faust und Friedensmacht

Jetzt ist schon wieder was passiert. Der neue Essay-Band zur Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU von Th. Roithner ist erschienen. Immer die selben Untertitel wie bei früheren Bänden. Ist das nicht fad? Nein, ganz und gar nicht. Es gibt rasante Neuentwicklungen zur Sicherheit, bei Militär, Rüstung und Frieden. Daher braucht es immer aktuelle Informationen, und der gelungene Haderer-Cartoon am Buchdeckel macht das Buch einzigartig. Seine Beiträge aus Presse bis Militär Aktuell, Wiener Zeitung oder Standard bis Spinnrad, Furche bis Südwind-Magazin sind ein gutes Gesamtbild. Versicherheitlichung, Aufrüstung, Rüstungskontrolle, EU, NATO und Österreich mit seinen typischen, klugen Vorschlägen andere Wege zum Frieden und für ziviler Konfliktlösung finden hier Platz. Ein Tipp für alle an Friedensarbeit Interessierte.



Thomas Roithner

Flinte, Faust und Friedensmacht

Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU

2020, 192 Seiten, myMorawa

ISBN: 978-3-99110-678-4 (Paperback, Euro 12,99),

ISBN: 978-3-99110-679-1 (Hardcover, Euro 21,99),

ISBN: 978-3-99110-680-7 (E-Book, Euro 2,99)

weitere Publikationen: Grundsatzbuch **Verglühtes Europa?** 2020 (364 Seiten) und die Kommentarbücher **Sicherheit, Supermacht und Schießgewähr** 2018, **Märkte, Macht und Muskeln**, 2017, **Schöne Götterfunken?**, 2015

DURCHWINKEN OHNE REGELN GRENZENLOSER MILITÄRTRANSPORT IN EUROPA

MANFRED SAUER

Szenario:

US-Militärfahrzeuge zum Transport von NATO-Versorgungsgütern, Treibstoffen und Munition sind auf dem Weg von Deutschland in ein osteuropäisches Land. Die Fahrt soll am Wochenende durch Österreich führen. Ungeplant gibt es einen 31-stündigen Zwangsaufenthalt wegen eines nationalen LKW-Fahrverbots und die Frage, wo dieser heikle Konvoi abgestellt werden kann. Aus rein militärischer Sicht ein unhaltbarer Zustand.

Diese und ähnliche Problemstellungen sind Alltag in der neuen sicherheitspolitischen Realität. Spielt sich Landesverteidigung früher wesentlich auf dem eigenen Staatsgebiet ab, so ist heutzutage ein multinationaler Austausch von Truppen und Material üblich. Die rasante Entwicklung hat die davon berührten Länder eher unvorbereitet getroffen. Der Versuch, diese zum Vorteil des Militärs zu ändern, macht auch vor nationalen Gesetzen, Regeln und infrastrukturellen Gegebenheiten nicht halt.

Zahlreiche Hindernisse

Die Bewegungsmöglichkeiten im EU-Raum fußen sinnvollerweise auf zivilen, nationalen Regeln und

selten auch auf EU-weit geltenden Vorschriften. Die militärische Mobilität erfordert aber Durchlässigkeit und Barrierefreiheit für Soldaten, Waffen und Material, so die Kriegsstrategen der NATO und der EU. Die ungehinderte Verlegung sowohl im Frieden als auch in Konflikt- und Kriegszeiten wäre für das Militär prioritär sicherzustellen. Nicht nur die Standardisierung der Vorschriften oder deren Wegfall aus militärischen Gründen, sondern auch eine infrastrukturelle Verbesserung und Ergänzung der Transportrouten sind hier gemeint.

Jedes Jahr werden unzählige Transporte innerhalb des NATO-Bündnisgebiets und des EU-Territoriums zu Wasser, in der Luft oder über Schiene und Straße durchgeführt. Dazu gehören Transporte zu Übungsplätzen, die Versorgung und Truppenrotation bei Stützpunkten, Zwischenaufhalte bei der Verlegung in Krisen- und Kriegsgebiete, Verwundetentransporte und Rüstungsgüterlieferungen.

Die zahlreichen unterschiedlichen Gesetze und Verordnungen in einzelnen Staaten sind den Militärs ein Dorn im Auge. Langwierige Zollabfertigungen, der „Zettelnkrieg“ an der Grenze, unterschiedliche Rechtsvorschriften, diverse Kennzeichnungen beim Transport gefährlicher Güter, Betankung, eingeschränkte

Alle Bilder: Übung European Advance 2019



Konvoi vor der Abfahrt

Foto: Bundesheer Claus Treiberbacher

Fahrzeiten oder Ruhezeiten mit Verpflegung in Unterkünften sind einige Beispiele. Mit der Verlagerung eines behaupteten Krisengeschehens in Richtung Russland steht auch die Transportinfrastruktur in mehr Ländern auf dem Prüfstand. Zu schwache Brücken, Tunnels mit zu wenig Höhe oder Breite und sanierungsbedürftige Straßen hemmen den Transportfluss.

Vom „Militärischen Schengen“ zur kriegsvorbereitenden Mobilität

Der Begriff „Militärisches Schengen“ symbolisiert freies Passieren aller Grenzen im Schengenraum. Die NATO forderte zunächst von der EU ein Ende der Bürokratie und eine Harmonisierung der Regelungen für ihre Transporte. Der aktuelle Begriff dazu heißt jetzt „Militärische Mobilität“ und fand Eingang in das EU-Militärprojekt PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit). Dabei geht es neben der Mobilität auch um die Aufstockung der Verteidigungshaushalte, um Erhöhung der Rüstungsinvestitionen und um zahlreiche Rüstungsprojekte.

2016 wurde in einer gemeinsamen Erklärung von NATO und EU die „Military Mobility“ erwähnt und im Herbst 2017 von der EU ein Fahrplan beschlossen. Ebenfalls 2017 am Beginn von PESCO gab es von der Europäischen Kommission eine Mitteilung zu den entsprechenden Erfordernissen. Im Aktionsplan

(März 2018) über 2020 bis 2024 geht es um Ermittlung und Einleitung der notwendigen Schritte für ein taugliches europäisches Verkehrsnetz für das Militär. Ein Logistiknetzwerk mit dem NATO Nachschubkommando (Ulm 2021) und einem europäischen Sanitätskommando soll aufgebaut werden. Infrastrukturelle Forderungen sollen dem Ist-Zustand gegenübergestellt werden. Im Mai 2019 beschlossen die EU-Verteidigungsminister, Übereinkommen, um den erleichterten Grenzübertritt (Luft und Land) voranzutreiben.

Die Finanzierung der Infrastruktur soll aus den Verkehrshaushalten der Länder erfolgen. Ansonsten sind im Europäischen Verteidigungsfonds und im EU-Haushalt Milliardenbeträge vorgesehen. Eine wesentliche Rolle spielen die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) und in der Rechts- und Diplomatieagenda der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). Der Umstand, dass eine frühere Verteidigungsministerin jetzt Präsidentin der Europäischen Kommission ist, wird in diesem Zusammenhang kein Nachteil sein.

Die größte Verlegeübung der letzten Jahre war das NATO-Manöver „DEFENDER 2020“, in der Truppen und Gerät in Kriegsstärke mittels Flugzeugen und Schiffen aus den USA nach Europa verfrachtet, um danach im Landtransport zu Manövern nahe der russischen Grenze weitergeleitet werden sollten, alles unter zahlreichen Protesten und Blockaden friedensbewegter Menschen. Wegen Corona musste



Eisenbahntransport der neuen Pandur Evolution
Foto: Bundesheer Tschabitzer



Fallschirmjäger JgB 25 (ÖBH), Fjg.Reg.26 (DEUTDivision Schnelle Kräfte) besteigen eine C-130 (ÖBH)
Foto: Bundesheer Claus Triebenbacher

die Übung in wesentlichen Teilen eingestellt werden. An Hand dieses Beispiels zeigte sich, weshalb den Militärs der grenzenlose Militärtransport so wichtig ist. Letztlich geht es um Kriegsvorbereitung, bei der auch der NATO-gebundene Neutrale nicht ohne Verantwortung bleibt.

fremder Truppen. Ungeachtet dessen ist das Bundesheer hier intensiv involviert. Im November 2017 unterschrieb Österreich die PESCO-Vereinbarung und nimmt seither an den drei Projekttranchen teil. Auf Anfrage der NEOS im Parlament (28.2.2020) bestätigte Ministerin Klaudia Tanner, dass sich Österreich im Rahmen von PESCO an dem Projekt „Military Mobility“ (Führungsnation Niederlande) beteiligt.



Bild: Netzwerk Friedenskooperative

Und Österreich?

Das PfP-SOFA (NATO Partnership for Peace – Status of Force Agreement) und das EU-Truppenstatut regeln die Rechtsstellung von Militär- und Zivilpersonal, Aufenthalt, Unterbringung und Transporten. Es gibt grundsätzliche neutralitätspolitische Bedenken zum Thema militärische Mobilität und Aufenthalt

Neben der Neutralität gibt es noch andere kritische Faktoren. In der Praxis würde sich Österreich nie trauen, abgefangene, unangemeldete US-Flugzeuge (wie die illegalen CIA-Gefangenentransporte) zur Landung zu zwingen. Ist es auszuschließen, dass gar Massenvernichtungswaffen oder Anti-Personenminen im blinden Vertrauen ungehindert mit kameradschaftlichen Gruß durchgewunken werden? Österreichs NATO- und EU-Engagement birgt eben auch unerwartete Risiken. Zumindest im Kriegsfall hat das Außenministerium in der Vergangenheit Überflüge und Durchfahren von Kriegsakteuren verboten. Ob das künftig so bleiben wird, ist höchst fraglich. Sollte nicht die österreichische Friedensbewegung in dieser Frage aktiv werden?

Manfred Sauer
Redaktion betrifft frieden

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
Gestaltung dieser Ausgabe: Georg Bydlinski, Pete Hämmerle, Anja Oberkofler, Gerhard Oberkofler, Thomas Roithner, Manfred Sauer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in Ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)
ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900
BIC: BKAUATWW Kennwort. Zeitung
DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mittellungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien,
pax.vienna@chello.at
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien
Österreichische Post AG
BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/2020 P.b.b. MZ 202041963M

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2